

Deutsche Wahlerfolge in Polen.

5 März 1928

Mandatsgewinn in Oberschlesien.

Um 8 Uhr morgens hatte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen die deutsche Wahlgemeinschaft in der gesamten Wahlkreis Kattowicz 48400 Stimmen erhalten, die Regierungspartei hatte 32 000, die Korfanty-Partei 24 500, die polnischen und deutschen Sozialisten 17 100 und die Kommunisten 8000 Stimmen.

Die beiden bisherigen deutschen Mandate des Wahlkreises Kattowicz im Warschauer Sejm sind damit erhalten geblieben. Die Deutschen haben nach diesem vorläufigen Ergebnis, bei dem noch mehrere Gemeinden fehlen, bereits 9000 Stimmen mehr erhalten als bei den letzten Wahlen im November 1922. Dieser Gewinn an deutschen Stimmen ist umso höher zu bewerten, als die Deutschen seit den letzten Sejmwahlen durch die Option und die große Abwanderung infolge des ständig stärker werdenden Terrors die Streichung von Tausenden aus den Wahllisten und schließlich durch die Sprengung des Wahlgeheimnisses geschwächt worden sind, während die polnischen Parteien durch den starken Zuzug von Beamten aus den polnischen Ökonomie gewonnen haben. Von den übrigen drei Sejmmandaten des Wahlkreises Kattowicz dürfte die Regierungspartei und die Korfanty-Partei nach dem bisherigen Wahlstand je ein Mandat erhalten. Ueber das Schicksal des letzten Sejmmandats des Wahlkreises Kattowicz ist erst Genaueres nach Ermittlung des Wahlergebnisses für den Wahlkreis zu sagen.

Aus den übrigen beiden schlesischen Wahlkreisen liegen bis morgens 8 Uhr nur spärliche Ergebnisse vor. Trotzdem ist zu erwarten, daß die Deutschen auch dort ihren Besitzstand erhalten werden. Besonders auffällig ist die Tatsache, daß die Deutschen in verschiedenen kleinen Gemeinden im stark bedrängten Kreis Rybnitz zahlreiche Stimmen erhalten haben und zwar vielfach in Gemeinden, in denen es bei den letzten Kommunalwahlen nicht möglich war, eigene deutsche Listen aufzustellen.

Western in den Abendstunden haben sich in Kattowicz einige Zusammenkünfte zwischen Mitgliedern der Regierungsparteien und der Korfanty-Partei ereignet. In Rybnitz wurde ein Korfantyanhänger von Regierungsparteimitgliedern verprügelt, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. In Rybnitz kam es zu einer kleinen Schießerei, bei der ein Anhänger der Korfanty-Partei verwundet wurde.

Weitere Wahlgewinne.

Nach den vorläufigen Ergebnissen im Wahlkreis Königs- und Schwientochlowitz-Publik-Tarnowitz hat die deutsche Wahlgemeinschaft bedeutenden Stimmenzuwachs und zwar um rund 23 000 gegenüber den letzten Sejmwahlen zu verzeichnen, trotzdem die deutschen Sozialisten für die Liste der polnischen Sozialisten gestimmt haben.

Im einzelnen erhielten: Die deutsche Wahlgemeinschaft 61 759 Stimmen gegenüber 38 942 im November 1922, die Regierungspartei 53 329, die Korfanty-Partei 32 974, die vereinigten deutschen und polnischen Sozialdemokraten 15 004 und die Kommunisten 9 337 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 89 Prozent. Danach erhalten: Die Deutsche Wahlgemeinschaft 2 Mandate, die sie schon inne hatte; die Regierungspartei 2 Mandate und die Korfanty-Partei 1 Mandat.

Im Stadtkreis Königs- und Schwientochlowitz hat bei einer Wahlbeteiligung von 94 Prozent die Deutsche Wahlgemeinschaft 19 891 von insgesamt 38 110 abgegebenen Stimmen erhalten.

Deutsche Gewinne in Westpolen.

Die Sejmwahlen haben in den ehemaligen preussischen Gebieten Westpolens

für die deutschen Stimmen einen großen Erfolg gebracht. Bis jetzt steht bereits fest, daß die Minderheitsliste wenigstens zwei neue Mandate gewonnen hat und zwar je einen in Dirschau und Bromberg. In den übrigen Wahlkreisen, in denen ein Erfolg der deutschen Liste fraglich

war, rechnet man nach den bisherigen Teilergebnissen damit, daß die deutschen Kandidaten durchgekommen sind. Im einzelnen erhielten: Im Wahlkreis Bromberg: Minderheitsliste 2 (1), Sozialisten 2 (0), Nationale Arbeiter-Partei 1 (1), Nationaldemokraten 1 (3). Im Wahlkreis Dirschau: Minderheitsliste 1 (0), Nationale Arbeiter-Partei 1 (1), Nationaldemokraten 2 und Christliche Demokraten und Pfaffen 1.

Auch sonst haben die Wahlen nach den bisher vorliegenden Ergebnissen völlig unerwartete Resultate gebracht. So erhielten in der Stadt Warschau bisher der Regierungsblock 6, die Sozialisten 1, die Kommunisten 2, der Minderheitsblock 1 und die Nationaldemokraten 3, die orthodoxen Juden (regierungsfreundlich) 1 Mandat. Das Wahlergebnis der Stadt Warschau zeigt eine außerordentlich bedeutende Niederlage der bisher stärksten Partei, der Nationaldemokraten und in zweiter Linie der Sozialisten. Die polnischfeindlichen Nationaldemokraten haben die Hälfte ihrer Stimmenzahl an den Regierungsblock verloren. Die Sozialisten haben etwa zwei Drittel ihrer Stimmen eingebüßt, die etwa zu gleichen Teilen den Kommunisten und den sozialistischen Juden zugute kommen. Erstaunlich ist die völlig unerwartete Stimmenzahl des Regierungsblocks, deren Zustandekommen man sich selbst in gut unterrichteten Kreisen gar nicht erklären kann (!) In einem Wahlbezirk soll die Zahl der für den Regierungsblock abgegebenen Stimmen höher sein, als die Zahl sämtlicher stimmberechtigten Wähler (!) abgesehen von den für die anderen Listen abgegebenen gültigen Stimmen. Die Kommunisten haben ihren Anhang mehr als verdoppelt, obwohl sie fast gar keine offene Propaganda treiben konnten.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten aus Lublin haben dort erhalten: Regierungsblock 24 700 (1 Mandat) Sozialdemokraten 12 800 (0 Mandat), Minderheitsblock 10 400 (0 Mandat), Nationaldemokraten 13 800 (1 Mandat), Zionisten 28 100 (2 Mandat).

Deutsche Erfolge auch in Thorn.

Soweit sich bisher übersehen läßt, hat die deutsche Liste nicht nur im Wahlkreis Dirschau, sondern in ganz Pommerellen bedeutend gewonnen. Desgleichen die Liste der polnischen Sozialdemokraten. Dagegen haben die Nationaldemokraten und die Nationale Arbeiter-Partei Einbußen erlitten. Den Deutschen ist es gelungen, auch im Wahlkreis Thorn, wo sie im Jahre 1922 leer ausgingen, ein Mandat zu gewinnen. Von den übrigen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 2 (4), die Sozialisten 1 (0), die Nationale Arbeiter-Partei 1 (1) Mandat. Im Wahlkreis Graudenz, der vier Mandate zu wählen hat, hat die Minderheitsliste 1 Mandat, die Sozialisten 2 Mandate, die Nationale Arbeiter-Partei 1 Mandat errungen. Die deutsche Liste und die Nationale Arbeiter-Partei haben sich somit behauptet, während die Nationaldemokraten ihre Mandate an die Sozialisten verloren haben.

Ein deutsches Mandat in Ostoberschlesien neu gewonnen.

Nach dem vorläufigen Ergebnis für den Wahlkreis Kattowicz hat die Deutsche Wahlgemeinschaft 50 062 Stimmen und zwei Mandate, die Regierungspartei 73 392 und 3 Mandate, Korfanty-Partei 36 946 Stimmen und 1 Mandat erhalten und die polnischen und deutschen Sozialisten 26 219 Stimmen und 1 Mandat. Beachtenswert ist hierbei, daß die Deutsche Wahlgemeinschaft bei den Wahlen im November 1922 nur 1 Mandat erhielt, während sie dieses Mal 2 Mandate erzielen konnte.

Nach den vorliegenden Gesamtergebnissen aus den drei Wahlkreisen der Wojwodschafft Schlesien hat die Deutsche Wahlgemeinschaft ihren bisherigen Stand von 5 auf 6 vermehren können.

Ein deutsches Mandat im Kreise Gnesen.

Im Wahlkreis Gnesen ist es den Deutschen, die bei den vorigen Wahlen kein Mandat erzielen konnten, gelungen, ein Mandat zu erobern.

Keinerlei Verfolgungsmaßnahmen sind gegen die anderssprachige Bevölkerung der Provinz durchgeführt worden. Das „völlig spontane Telegramm“ der fünfzig Hotelbesitzer der Provinz Boyen beweist das. Die fremdsprachigen Elemente des „Oberes“ besitzen die gleichen Rechte wie die übrigen Bürger. Es muß hier proklamiert werden, daß Italien nicht nach der Provinz Boyen gegangen ist, um dort eine zivilisatorische Kontribution zu erheben, sondern daß es einen gewaltigen Beitrag an zivilisatorischer Arbeit gebracht hat.

Die extremen Elemente des Panzermanismus erheben ein verzweifeltes Geschrei, um eine Frage, die schon gelöst ist, zu galvanisieren. Jenseits des Brenner begreift man, daß in wenigen Jahren die in der Provinz ansässigen Elemente deutscher Abstammung darauf sein werden, Bürger des faschistischen Vaterlandes zu sein, und daß sie dann nur noch durch die abweichende Bildung der Namen erkennbar sein werden, wenn sie sie behalten sollten. Dies wird eintreten, weil es in der logischen und schicksalgebenden Ordnung der Dinge beschlossen ist.

Ueber die Möglichkeit, ob die Frage vor den Völkern zu bringen sei, erklärte Mussolini zum Schluß, damit dürfte der Völkerbund sich selbst in Grab graben. Wenn der Völkerbund sich in das Labyrinth der sogenannten Minderheiten begeben würde, so würde er nie wieder herauskommen, und die Ankläger von heute könnten die Angeklagten von morgen sein. Wir wollen gute Freunde sein mit der germanischen Welt, deren Qualitäten wir anerkennen und deren Beitrag zur menschlichen Kultur wir schätzen, doch nur unter der Bedingung, daß unsere Sicherheit in keiner Weise in Frage gestellt wird. Den Tiroleten Österreichs und der ganzen Welt gebe Italien kund, daß am Brenner das ganze Italien festen Fuß gefaßt habe.

Die Daumenschraube der Szent Gotthard-Affäre.

5. März 1928

Sauerwein erwartet im „Matin“, daß der Völkerbund eine Untersuchungskommission, bestehend aus zivilen und militärischen Sachverständigen, in der Szent Gotthard-Affäre nach Ungarn entsenden werde. Wenn diese Untersuchung ernstlich geführt werde, so könnte der Rat in seiner Session im Juni in der Lage sein, zu entscheiden. Immer mehr greife die Auffassung durch, daß es nicht genüge die Szent Gotthard-Affäre in Ordnung zu bringen, sondern daß ein Präzedenzfall für ähnliche Fälle geschaffen werden müsse.

Wenn es sich zeigen sollte, daß der Völkerbund ohne über genügend Rechtsmittel zu verfügen in der Szent Gotthard-Affäre das bestmögliche getan habe, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß eines Tages der französische Senat der Auffassung sein werde, daß sich Frankreich in der Sicherheitsfrage bis zu einem gewissen Grade auf die Genfer Institution verlassen könne und sich daher gegenüber seinen früheren Feinden zu einer großmütigen Geste entscheide.

Wenn aber die Völkerbundsaktion in der Szent Gotthard-Affäre keinen brauchbaren Präzedenzfall ergeben sollte, so würde kein Minister den Senat zu einer vollständigen Versöhnungs- und Konzessionspolitik bewegen können. Deutschland würde in diesem Falle wahrscheinlich den größten Nachteil haben.

Die Absicht ist also unverkennbar, das deutsche Ratsmitglied in der Szent Gotthard-Angelegenheit in eine schwierige Lage zu bringen. Der Rat wird sich jedoch zunächst darüber entscheiden müssen, ob die Szent Gotthard-Affäre zu einem derartigen von Frankreich in bestimmter Absicht gewünschten Präzedenzfall gemacht werden soll oder nicht.

Laut Dekret des Finanzministers wird die Bank d'Italia am 5. März den Diskontsatz von 7 auf 6 1/2 Prozent herabsetzen.

Die Antwortnote der ägyptischen Regierung ist dem britischen Oberkommissar in Kairo übergeben worden. Das ägyptische Kabinett ist im Anschluß an die Ueberreichung des Schriftstückes zurückgetreten.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 3. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushaltsplans des Reichswirtschaftsministeriums.

Dr. Curtius legt die Grundzüge seiner Konjunkturpolitik dar, die im Jahre 1926 der Naturbelasung der Wirtschaft, im Jahre 1927 der Verhütung einer Uebersteigerung der Konjunktur gedient habe. Er werde alles unterstützen, was zu deren Rationalisierung und Ertragssteigerung führen könne. Dagegen könne er keine Politik mitmachen, die ihr Heil in der Drosselung der Einfuhr, Protektionismus und Autarkie sehe. Die Rückwirkungen solcher Politik auf das deutsche Gesamtvolk einschließlich der Landwirtschaft wären verhängnisvoll. Aufrechterhaltung und Vertiefung des Anschlusses an die Weltwirtschaft sei die Schicksalsfrage für Deutschland und Europa.

Abg. Heinig (Soz.) bedauert die Abdrosselung der öffentlichen Kredite durch den Reichsbankpräsidenten. Durch die künstliche Hochhaltung der Preise wird die Erhöhung der Produktion verhindert. — Abg. Dr. Lejeune-Jung (Dnt.) warnt dringend vor Nationalisierung der Genfer Vereinbarung über Einfuhrverbote, denn dadurch würde eine gesunde Entwicklung des inneren Marktes und ein wirklicher Friede zwischen Landwirtschaft und Industrie verhindert werden. Abg. Deßauer (Ztr.) fordert einheitliche Wirtschaftsführung. Ein Ministerium für Wirtschaft und Technik könnte mit seiner dauernden Initiative die Verhältnisse Deutschlands zur inneren Einheit in korporativer Wirtschaftsführung erziehen.

Mussolinis Antwort an Österreich.

Er hält sich an frühere Versprechungen nicht gebunden. — „Ich warne zum letzten Male!“

Am Sonnabend hielt Mussolini in der italienischen Kammer die bereits mit Interesse erwartete Ansprache, die sich mit Italiens Verhältnis zu Österreich beschäftigte. Ich habe mich gefragt, so führte er aus, ob es der Mühe wert wäre, zu antworten und gewiß, wenn nicht der Kanzler in die Debatte eingegriffen hätte, dann hätte ich die antiitalienischen und antisozialistischen Redebühnen des österreichischen Nationalrats ihrem Schicksal überlassen, ohne davon Notiz zu nehmen. Ich beabsichtige zu zeigen und ich werde zeigen, daß die österreichische Kundgebung nicht berechtigt ist und eben deshalb provokatorisch ist. Sie ist keineswegs gerechtfertigt durch die allgemeine Politik, die Italien von 1918 bis 1928 hinsichtlich der österreichischen Republik befolgt hat. Sie ist nicht gerechtfertigt durch die Politik, die die Regierung in der Provinz Boyen befolgt hat und die wie alle anderen Provinzen behandelt wird.

Anschließend kam Mussolini auf die „Beweise der Freundschaft“ zu sprechen, die Italien Österreich gegenüber gezeigt habe, sowohl auf sozialem wie auf finanziellem und politischem Gebiete. Die österreichischen Redner behaupten, daß Versprechungen und Versicherungen seitens der Regierung bestehen, die der faschistischen Regierung vorausgegangen sind. Ich erkläre das nicht für ausgeschlossen, aber es läßt sich auch

annehmen, daß diejenigen, die solche Versicherungen gegeben haben, es später bereut haben, angesichts der übertriebenen Auslegung, die man gewissen Versprechungen gegeben hat. Indessen hält sich die faschistische Regierung auch wenn sie zeigte, daß sie Verträge respektiert und sorgfältig zur Durchführung bringt, durchaus nicht durch die mehr oder weniger vagen und rhetorischen Versicherungen gebunden, die Regierungen vertragen, die inzwischens durch die faschistische Revolution hoffnungslos überholt worden sind. Die faschistischen Greuelthaten sind die Erfindung einer ungeunden Phantasie. Kolbe selbst sprach vage von einem „Druck“, ohne dies näher zu bezeichnen. Aber selbst dieser „Druck“ gegen die örtliche Sprache, Sitte und Ueberlieferung existiert nicht. In Wirklichkeit erscheinen heute 15 Zeitungen in deutscher Sprache.

Da unsere Langmut falsch ausgelegt wurde, warne ich jetzt zum letzten Male: Wenn der antiitalienische Forderung nicht aufhört, wird das Schicksal aller dieser Veröffentlichungen in fremder Sprache besiegelt werden. Was den Druck auf die Fremdstämmigen angeht, muß man auch wissen und zur allgemeinen Kenntnis bringen, daß noch 376 anderssprachige Beamte in Boyen selbst und 664 in der Provinz tätig sind. Da all dies nicht gebührend geschieht, so werden alle diese anderssprachigen Elemente in andere Provinzen des Königreiches verlegt werden.

gleitung
um 12
minuten
kommen
minister
Ma r i
r o f f u
auf den
berichten
G
dent be
st o
min
der „A
rischen
schieden
Gottha
darauf
auf die
Do
S
abend
werle,
Bergm
mit der
haupt
über 5
noch m
insolge
aufrech
fragten
vom P
gebung
In der
Läden
Redne
Kleinb
bekann
Teil de
die Ka
Redne
stadium
erhebe
Entsch
Trotzde
legenh
Oberst
Rothe
den.
Neume
Raatsc
tungs
signete
wenige
längen
tion,
litten,
Altona
Kaufm
münze
siggien
und fe

